

Bericht zur Herbstsession 2021

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 22.10.2021

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	02.09.2021	Fraktion	7.50
FR	03.09.2021	Fraktion	3.00
MO	06.09.2021	Fraktion	2.50
MO	06.09.2021	Grossrat-Parlament	3.00
DI	07.09.2021	Grossrat-Parlament	2.00
DI	07.09.2021	Fraktionsausflug	10.00
MI	08.09.2021	Grossrat-Parlament	7.75
DO	09.09.2021	Grossrat-Parlament	5.25
MO	13.09.2021	Fraktion	1.50
MO	13.09.2021	Grossrat-Parlament	3.00
DI	14.09.2021	Grossrat-Parlament	7.75
MI	15.09.2021	Grossrat-Parlament	5.75
DO	16.09.2021	Grossrat-Parlament	5.25
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			64.25

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	10	Anzahl Traktanden Verhandlung	89
Anzahl Anträge, Planungserklärung	37	Total Traktanden (inkl. IP)	132
		Anzahl Vereidigungen	9
Anzahl Stichentscheide GRP	3	Anzahl Wahlen	18
Anzahl Abstimmungen	194	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	174
Anzahl Freie Debatten	63	Anzahl Reduzierte Debatten	26
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	16
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	25	In die nächste Session verschoben	3

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	20	46	39	14	14	11	10	5

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Seit der letzten Session gab es keine Änderungen der Fraktionszusammensetzung.

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Fraktionssitzungen

Wie üblich traf sich die FDP-Fraktion in einer Region unseres Kantons. Dieses Mal trafen wir uns im oberaargauischen Niederbipp. Einerseits besuchten wir den Wohnort unseres neuen Fraktionsmitglieds Peter Haudenschild und andererseits war die Fraktion im Anschluss zur Sitzung noch zu einem gemütlichen Beisammensein beim ehemaligen Fraktionsmitglied Marianne Teuscher-Abts eingeladen. An dieser Stelle bedanke ich mich nochmals im Namen der Fraktion für den gelungenen und schönen Abend im Garten bei einer perfekten Gastgeber-Familie.

Für die Freitagssitzung war es endlich so weit. Die FDP-Fraktion traf sich nach langer Zeit wieder im Berner Rathaus. Für einige von uns das erste Mal. Ich kann versichern, dass es sehr speziell war.

Session endlich im Rathaus

Ja endlich... Welcome back im Rathaus Bern. Nach fast 1,5 Jahren tagte der Grosse Rat wieder in seinem «Wohnzimmer». Die neuen Ratsmitglieder mussten zuerst instruiert werden, wie die Abstimmungsanlage funktioniert und an welchem Pult die Reden abgehalten werden. Die kleinen Pannen wurden mit einem Lächeln hingenommen. Es machte grosse Freude, wieder «zu Hause» zu sein.

Fraktionsausflug

Herbstsession bedeutet, dass wir am ersten Dienstagnachmittag die Session unterbrechen und den Fraktionsausflug durchführen. Eingeladen werden auch die ehemaligen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. In diesem Jahr wurde der Ausflug von Peter Flück organisiert, welcher uns Brienz und die Umgebung näherbrachte. Nachdem wir zuerst von Bönigen aus mit dem Dampfschiff «Lötschberg» ans andere Ende des Brienzensees fuhren, wanderten wir in die Höhe und wurden eindrücklich informiert, was im Unwetterjahr 2005 in Brienz geschah und welche Massnahmen ergriffen wurden. Nach der Besichtigung der Rothornbahn konnten wir bei einem gemütlichen Abendessen am See den Ausflug ausklingen lassen. Danke Peter und Deinem Team für die tadellose Organisation.





Richter- und Kommissionswahlen

Eigentlich finden in jeder Session Wahlen für die Kommissionen oder/und Justizbehörden statt. Die FDP konnte die Wahl eines Mitgliedes des Obergerichts als Erfolg verbuchen. Die FDP-Kandidatin Danielle Schwendener wurde klar gewählt. Mit der Wahl von Sandro Righetti, FDP, als neuer Gerichtspräsident konnten wir auch bei den Regionalgerichtswahlen erfolgreich abschneiden.



v.l.n.r.: Sandro Righetti (neuer Gerichtspräsident Regionalgericht), Peter Bohnenblust (FDP-Vertreter der JUKO), Danielle Schwendener (neues Mitglied Obergericht)

Sessionsbeschlüsse

Unter dem Link <https://www.gr.be.ch/gr/de/index.html> findet der/die interessierte/r Bürgerin/Bürger alles über unsere Themen. Deshalb werde ich dies hier nicht alles wiedergeben, sondern nur auf einige wichtige Punkte aus der Sicht der FDP hinweisen.

Einige Bemerkungen zu ausgewählten Beschlüssen

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Natürlich würde ich gerne zu allen Geschäften einen Kurzbericht abgeben und die Überlegungen und Haltungen der FDP-Fraktion wiedergeben. Dies sprengt aber meine journalistischen Fähigkeiten. Ich habe Themen gewählt, über welche meiner Meinung nach zu wenig in den Medien geschrieben wurde bzw. die FDP-Haltung überhaupt nicht aufgenommen wurde.

- Verfassungsänderung parlamentarische Initiative «In dubio populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen»

Der Kanton Bern hat etwas, was viele Kantone nicht mehr oder gar nie hatten: Bei Gesetzesänderungen konnte der Grosse Rat selbst einen Eventualantrag in eine Volksabstimmung senden. Dies war sinnvoll, wenn ein Teil des Gesetzes unbestritten war und ein weiterer Teil evtl. keine Mehrheit beim Volk finden könnte. So wurde manchmal ein Eventualantrag erstellt, welcher dann zusammen mit dem Hauptantrage dem Stimmvolk vorgelegt wurde, inkl. einer Stichfrage. Dadurch wurde aber ein Volksvorschlag verhindert. Die erwähnte parlamentarische Initiative will nun, dass ein Eventualantrag nicht mehr möglich ist, wenn ein Referendums Komitee ein Volksvorschlag einreicht (also eine Umkehrung des geltenden Rechts).

Wir, die FDP-Fraktion, waren als einzige gegen diese Änderung bzw. sind sogar diskussionsbereit, diese Abstimmungsvarianten abzuschaffen. Warum:

- Bei Gesetzesbehandlungen ist der Grosse Rat mit zwei Lesungen verpflichtet, sorgsame und korrekte Gesetzestexte zu formulieren. Vor der ersten Lesung bzw. vor allem zwischen den beiden Lesungen werden diese neuen Gesetzestexte genau geprüft – auch juristisch. Bei einem Volksvorschlag werden die Texte oftmals in Eile und ohne juristische Begleitung erstellt und eingereicht und mehr oder weniger unbearbeitet zur Abstimmung gebracht.
- Der Grossrat nimmt sich selbst ein Werkzeug einer Kompromisslösung weg.
- Der Kanton Zürich zum Beispiel, hat den Volksvorschlag wie auch den Eventualantrag abgeschafft, nachdem bei einer Abstimmung die totale Unsicherheit eingetreten war und über 40% der Abstimmungszettel ungültig ausgefüllt waren.

Die erste Lesung ist vorbei. Es ist anzunehmen, dass die wir den Sonderweg in der Schweiz weiterhin gehen werden – bis wahrscheinlich das gleiche einmal passieren wird, wie in Zürich. Dann werden wieder die gleichen Parteien eine Änderung verlangen.

- Stimmrechtsalter 16

Das Berner Kantonsparlament will wiederum einen neuen Anlauf starten, dass Stimmrechtsalter 16 einzuführen. Die letzte Volksabstimmung ist noch nicht lange her, als das Volk mit sehr grossem Mehr diese Einführung abgelehnt hat. Auch andere Kantone haben sich in diesem Jahr gegen das Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. Mit 87 Ja zu 60 Nein und 1 Enthaltung wurde die Verfassungsänderung überwiesen und das Stimmvolk kann sich dazu wieder äussern. An dieser Stelle verzichte ich auf weitere Ausführungen und verweise dann auf den kommenden Abstimmungskampf.

- Motion «Klare Regeln für die Wahl der Arbeitgebervertretung in die kantonalen Pensionskassen»

Der Vorstoss will den Regierungsrat beauftragen, die Grundlagen für die Wahl der Arbeitgebervertretungen in die Verwaltungskommission der beiden Pensionskassen BPK und BLVK so anzupassen, dass die Vertretungen der Arbeitgeber nicht durch die Pensionskasse selbst versichert sind. Den Verwaltungskommissionen der Pensionskassen kommen weitgehende Kompetenzen zu, so unter anderem die Beschlussfassung über die Verzinsung der Sparkonten der Versicherten. Beschlüsse hierüber haben weitreichende finanzielle Auswirkungen einerseits für die Vorsorgeeinrichtung als Ganzes (und damit indirekt für den Kanton in Bezug auf die Ausfinanzierung der Unterdeckung), andererseits auch für die individuellen Sparkonti der einzelnen Versicherten. Heute wird der Kanton Bern in diesen Verwaltungskommissionen teilweise durch Personen vertreten, die selbst in einem Anstellungsverhältnis zum Kanton Bern (Kadermitarbeitende) stehen und somit selbst bei diesen Pensionskassen versichert sind und über individuelle Sparkonti verfügen. Damit ist unweigerlich ein Konflikt zwischen der Wahrung der Arbeitgeberinteressen und

den persönlichen Interessen gegeben. Die FDP hat diesem Ansinnen mehrheitlich die Unterstützung gegeben und dadurch der Motion auch zum Erfolg verholfen.

- **Investitionsrahmenkredit Strasse 2022-2025**

Eigentlich ist dieser Kredit normalerweise eine Formsache. In diesem Jahr nicht. «Es wahlet» bereits in einigen Fraktionen und bei einigen Volksvertreterinnen und Volksvertretern, welche Wahlkampf auf Kosten der Infrastruktur der Gesellschaft betreiben wollen. Wenn im Titel eines Kredites etwas mit «Strasse» aufgeführt ist, dann kann man Wetten abschliessen, dass massive Reduktionsanträge der Grünen – und in diesem Jahr auch der Grünliberalen – eingereicht werden. Strassen sind doch böse. Doch werden Verkehrsinfrastrukturen und andere sinnvolle Massnahmen (Busspuren, Velospuren, Sicherheitsmassnahmen für Fussgänger usw.) mit diesem Geld finanziert. Der Kürzungsantrag wurde knapp angelehnt und schlussendlich der Rahmenkredit mit 127 Befürworter genehmigt. Es erstaunt mich dann schon, wenn ein VCS-Vorstandsmitglied von der GLP, welcher auch als Regierungskandidat kandidiert, diesen Kredit nicht unterstützt hat – wenn auch als einer der Wenigen in der Schlussabstimmung.

- **Kantonsbeitrag für die «Schynige Platte Bahn»**

Aktive Sessionsberichts-Leserinnen und -Leser denken jetzt sicherlich, dass wir dieses Thema erst gerade vor kurzem einmal hatten. Ja das stimmt. Als der Antrag einer Finanzierungsbeteiligung zum ersten Mal ins Parlament kam, wurde dieser vom Rat zurückgewiesen, mit der Bitte, dass sich ein anderer Aktionär sowie Nutzniesser an den Kosten auch beteiligen sollten. Mit dem aktuellen Antrag wurde dem Auftrag des Parlamentes Folge geleistet und somit konnten wir dieser sinnvollen und wichtigen Sanierung der Bahn mit 145 Ja gegenüber 1 Nein und 8 Enthaltungen grünes Licht geben.

- **Motion "«Verkauf der Schynige-Platte Bahn»**

Ein «Die Mitte»-Vertreter wollte mit einer Motion die Kantonsanteile an der «Schynige Platte Bahn» verkaufen. Ich selbst bin überzeugt, dass auch wenn der Kanton diese Anteile verkaufen möchte, wohl kaum ein Käufer gefunden werden kann. Der Kanton hat nur einen kleinen Anteil des Aktienpaketes. Die Motion ging dem Parlament deutlich zu weit. Zuerst muss eine genaue Prüfung erfolgen (u.a. Gespräche mit den anderen Aktionären) und eine Preisabklärung gemacht werden. Dies sah die Mehrheit des Parlaments auch so und überwies das Geschäft in der Form eines Postulates. Das Schlusswort ist in diesem Fall noch nicht gesprochen.

- **CO₂ Messgeräte**

Eine Motion aus der Grünen Fraktion fordert vom Kanton, dass man in jedem Schulzimmer ein CO₂-Messgerät installieren soll. Eine gute Sache (wobei es vielerorts bereits mit Eigeninitiative gemacht wurde). Aber der Vorstoss ging noch weiter und forderte Reglemente und Berichte. Meine lieben Leserinnen und Leser. Erlauben Sie mir etwas Persönliches, da ich bei dieser Haltung nicht in der Mehrheit war: Es ist für mich momentan ein Abbild des täglichen Lebens, dass man nun sogar ein Reglement braucht, um das Lüften in Schulzimmern zu regeln und zu überwachen. Warum sind wir heute nicht mehr fähig ein Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, ohne auch noch ein Gesetz oder ein Reglement beizulegen? Wir suggerieren hier doch in diesem Fall, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht so schlau sind, dass wenn das Gerät rot leuchtet, die Fenster zu öffnen? Die Beschaffung war nicht bestritten. Das Reglement wurde dann mit Stichentscheid ebenfalls beschlossen. Leider war da der Schreibende in der Abseitsposition. Schreiben Sie mir Ihre Meinung dazu.

- **Motion «Kantonsstrassen durch Dorfzentren fussgängerfreundlich gestalten»**

GLP-Regierungsratskandidat von Arx wollte mit seiner Motion, dass alle Kantonsstrassen innerorts, zumindest aber im Bereich von Dorfzentren, als relevante Fussverkehrquerungsstellen identifiziert werden und mit ebenerdigen baulichen Querungselementen zu versehen sind. Falls dies nicht gemacht werden kann soll grundsätzlich Tempo 30 eingeführt werden. Dies ist spätestens bis in 15 Jahren kantonsweit umzusetzen.

Meiner Meinung nach, hat dieser Vorstoss einen positiven Anschein. Da kann man nicht dagegen sein, war der erste Gedanke. Liest man die Begründung genauer, dann erkennt man das Ziel, grundsätzlich überall Tempo 30 einzuführen. Da konnten wir mehrheitlich nicht zustimmen, da der Regierungsrat selbst sagte, dass sämtliche Abschnitte bereits überprüft und teilweise entsprechende Korrekturen für die Sicherheit des Fussverkehrs gemacht wurden bzw. noch gemacht werden.

Hierzu gibt es schweizweit anerkannte Normen. Führt man generell auf allen Strassenkategorien innerorts Tempo 30 ein, dann führt dies zu neuen Problemen. Der Schleich- und Abkürzungsverkehr wird gefördert (warum den Umweg der Aussenstrassen nehmen, wenn ich mit der gleichen Geschwindigkeit durch Wohnzonen fahren kann...). Heute fahren oft die E-Bikes schneller als 30, was dann evtl. zu gefährlichen Überholmanöver führen könnte. Die Richtlinienmotion wurde mit Stichentscheid des Ratspräsidenten angenommen. Dank dem Antrag der FDP-Fraktion wurde diese Forderung als erledigt abgeschrieben und so die Vorgehensweise des Regierungsrates und nicht die generelle von Einführung Tempo 30 auf allen Strassen innerorts unterstützt.

- **Motion von Peter Flück (FDP): «Kompensationsmassnahmen zum Fluglärm in der Region Oberer Brienzensee-Haslital»**
Die Motion von Peter Flück, welche auch durch andere Fraktionen unterstützt wurde, hat das Ziel, die Region, welche vom Fluglärm des Militärflugplatzes Meiringen Lasten zu tragen hat, auch entsprechend für Arbeitsplätzen vom Bund zu berücksichtigen. Scheinbar können seit Jahrzehnten dazu keine Lösungen zwischen Bund und der Region gefunden werden. Die Kantonsregierung soll sich hier nun einmischen und gegenüber dem Bund die Anliegen vertreten. Die Motion wurde einstimmig überwiesen.
- **Objektkredit Spitalneubau Biel-Bienne (Spitalzentrum Biel AG)**
Der Kanton Bern unterstützt die Idee eines Ersatzstandortes des Spitalzentrum Biel einstimmig. Somit dürfte nun die Standortfrage geklärt sein.
- **Motion Andreas Hegg (FDP): «Kriminalität rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen – effektive und nachhaltige Lösungen gefordert».**
Da in den Medien diese Motion nicht aufgenommen wurde (ich weiss nicht warum, da es die Bevölkerung im Seeland sicherlich interessieren würde), werde ich diesem Thema ein wenig mehr Raum geben.
In den letzten Wochen und Monaten hat die Kriminalität in den Gemeinden rund um das Bundesasylzentrum (BAZ) in Lyss/Kappelen trotz einer niedrigen Belegung im BAZ (ca. 50 von 270 Plätzen sind aktuell belegt) spürbar zugenommen. Namentlich haben sich in der Region gehäuft Diebstähle, Einschleichdiebstähle und Sachbeschädigungen ereignet. Die Kantonspolizei hat die erforderlichen Massnahmen ergriffen, ihre Präsenz erhöht und soweit möglich die Täterschaft angehalten und der Strafjustiz zugeführt. Vielfach weisen die Täter eine Gemeinsamkeit auf: Sie sind abgewiesene Asylsuchende, die die Schweiz zu verlassen haben, sich jedoch der Ausreise widersetzen und/oder bei denen eine Rückführung ins Heimatland mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Sie haben darum wenig zu verlieren, sind deliktisch tätig und lassen sich weder von der Polizei noch von Strafurteilen und zwischenzeitlichen Inhaftierungen von weiteren Delikten abhalten. Zudem verhalten sie sich gegenüber der Polizei zum Teil sehr arrogant und uneinsichtig. Der Rechtsstaat stösst bei ihnen an seine Grenzen. Das sorgt für Frust und Ärger in der Bevölkerung. Der öffentliche «Goodwill» und die Akzeptanz werden arg strapaziert. Es sind effektive und nachhaltige Lösungsansätze gefordert, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.
Die gestellten Forderungen des abtretenden FDP-Gemeindepräsidenten wurden deutlich gegen die Stimme der Linken überwiesen. Auch die Abschreibungsbegehren der SP/Grüne/EVP und GLP wurden abgewiesen. Nun hoffe ich, dass eine Verbesserung eintreten wird.
- **Motion Hans Schär/Andreas Hegg (FDP): «Rückkehrzentrum Biel-Bözingen für Familien erhalten»**
Auch zu diesem erfolgreich überwiesenen FDP-Vorstoss werde ich ein paar Zeichenschläge mehr verwenden, da dies nicht bzw. nicht gleich stark medial aufgenommen wurde, wie die Entscheidungskommunikation des SP-Stadtpräsidenten und Regierungsratskandidat Fehr, welcher forderte, dass das Rückkehrzentrum in Biel-Bözingen nicht mehr weiterverwendet werden soll. Als die Gemeinde Prêles als Standort für ein Rückkehrzentrum zur Diskussion stand, argumentierte insbesondere Rot-Grün damit, dass dieser Standort «zu peripher, zu abgelegen» sei. Die Sicherheitsdirektion hat darauf reagiert und mit dem Plan B den sehr zentral gelegenen Standort Biel-Bözingen bestimmt; dieser wird insbesondere für die Unterbringung von Familien und Frauen mit Kindern verwendet. Und ausgerechnet die rot-grüne Regierung unter SP-Stadtpräsident Erich Fehr lehnte dies ab. Noch vor Behandlung des Anliegens ist die Stadt Biel zurückgerudert. Somit

wurde das Anliegen als Postulat gegen die Stimmen SP/Grüne/EVP überwiesen.

- **Motion Carlos Reinhard (FDP-Fraktions-Vorstoss): «Stärkung des Justizstandortes Bern»**
Auch hier wette ich viel, dass die aufmerksamen Medienkonsumenten noch nichts gehört haben. Unsere Forderung war, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um am Handelsgericht des Kantons Bern eine spezielle Gerichtskammer für internationale Handelsstreitigkeiten einzurichten. Im Zuge des Brexits dürfte London seine bisherige Vormachtstellung als Drehscheibe des internationalen Handels in Europa teilweise einbüßen. Damit einher geht auch ein gewisser Bedeutungsverlust als Standort für internationale Handelsstreitigkeiten. Deshalb haben jüngst Deutschland, Frankreich und die Niederlande die Grundlagen für internationale Handelsstreitigkeiten vor speziellen Gerichtskammern geschaffen. Die Landgerichte Hamburg und Frankfurt am Main führen seit 2018 spezielle Gerichtskammern zur Erledigung internationaler Handelsstreitigkeiten, wobei die Verfahren auch auf Englisch geführt werden können. Auch das Handelsgericht zu Paris in diesem Beispiel gefolgt, und jüngst wurde in den Niederlanden der Netherlands Commercial Court geschaffen. Die Schweiz geniesst seit vielen Jahren einen guten Ruf als internationales Streitschlichtungsforum. Auch auf dem internationalen politischen Parkett wird sie traditionell für ihre «guten Dienste» geschätzt. Nun soll dem Beispiel der einleitend genannten Europäischen Staaten gefolgt und ein neues Streiterledigungsangebot für internationale Streitigkeiten geschaffen werden. Unser innovativer Vorstoss wurde einstimmig als Postulat angenommen. Der Kanton Bern hat hier eine grosse Chance, welche nicht verspielt werden darf. Wir bleiben dran.

Zum Schluss etwas

Die nächste Session im Winter dauert voraussichtlich drei statt zwei Sessionswochen. Ich bin gespannt, welchen Einfluss die anstehenden Wahlen auf die Diskussionsdauer haben wird.

Carlos Reinhard, Fraktionschef